

## **Friedensclubs statt Friedhofsruhe**

### **Ein Beispiel für Bewusstseinswandel in Nigeria**

*Reverend Owoeye, Leiter der Kommission Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden in der Erzdiözese Ibadan, stellt das umfangreiche Fortbildungsprogramm der Kommission sowie erste Ergebnisse ihrer Arbeit vor.*

Seit einiger Zeit befassen sich Entwicklungsfachleute überall auf der Welt mit der Frage nach Konflikten und deren Folgen für die Entwicklung. Afrika wird seit langem von Konflikten heimgesucht. Der Kontinent, so hört man oft, liege mit sich selbst im Krieg. Manche Staaten sind bereits an unlösbaren Konflikten gescheitert und gelten daher als *failed states*. In Nigeria sterben unschuldige Menschen, und erhebliche Sachwerte werden durch bewaffnete Konflikte zerstört. Dabei könnten diese Konflikte verhindert werden.

### **Kernfelder der Kommissionstätigkeit**

Die Kommission für Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden der Erzdiözese Ibadan ist Mitglied des nigerianischen Netzwerks *Justitia et Pax*. Seit ihrer Gründung schult sie ihre Zielgruppen darin, positiv auf ihr Umfeld zu wirken. Seit einiger Zeit werden religiöse und kommunale Führungspersönlichkeiten darin ausgebildet, Krisen schon an ihren ersten Anzeichen zu erkennen. Dabei werden viele Fragen aufgeworfen, u. a. was geschieht eigentlich, wenn ein Konflikt gewaltsam ausbricht. Aus der eingehenden Beschäftigung mit der Problematik wurde eine konkrete Strategie zur Vermeidung, Behandlung und Lösung von Konflikten entwickelt.

Entlang dieser strategischen Linien ist die Kommission heute vor allem in vier Bereichen tätig: Demokratie und Regierungsführung, Frauen- und Kinderrechte, Rechtsberatung und Menschenrechte sowie Ziviler Friedensdienst. Unter dem Namen „Demokratie und Menschenrechte“ wurde ein neues Programm aufgelegt. Seine Oberziele sind die Förderung und Stärkung guter Regierungsführung, der Schutz der Menschenrechte und das friedliche Miteinander in der Erzdiözese Ibadan. Für einen Zeitraum von drei Jahren wurden als Schwerpunkt fünf Kommunen in den Bundesstaaten Oyo und Osun ausgewählt. Die Erfolgsindikatoren sind klar definiert: U. a. wollen wir binnen drei Jahren 72 Journalisten und Redakteure, 520 Schüler und 80 Lehrer an die Themen heranführen. Etwa 90 Führungspersönlichkeiten aus Religion, Gesellschaft und Politik sollen geschult und 40 Organisationen aus den unterschiedlichen Gemeinwesen zu einem Netzwerk für Menschenrechte und Demokratie geformt werden. 1.400 Frauen werden mehr über ihre Grundrechte erfahren. 120 Häftlinge, die auf ihren Prozess warten, werden juristischen Beistand erhalten. Darüber hinaus sind pro Jahr 20 kommunale Bürgerversammlungen geplant.

Die tragenden Säulen unseres Programms sind Fortbildung, Advocacy und Bewusstseinsbildung. Um diese Ziele erreichen zu können, sind u. a. folgende

Maßnahmen geplant: partizipative Kurse (Aufbaukurse und thematisch verknüpfte Lernangebote) und Dialogforen, Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und Aufklärung, Stärkung von Basisorganisationen durch Vernetzung und Bündnisse, Rechtberatung und Streitschlichtungsangebote.

## **Erste Ergebnisse**

Ein Schwerpunkt liegt auf der kommunalen Ebene, wo wir vor allem Schüler, Journalisten, Verantwortliche in religiösen Gemeinden und Mitglieder von Organisationen der Gemeinwesen erreichen. Unsere Bewusstseinsbildungsmaßnahmen setzen bei ihrem Verständnis von Frieden und Gewalt an. Ausgehend vom individuellen und kollektiven Verständnis des Friedens dringen wir zu grundlegenden Fragen vor. Verstärkend hinzu tritt die Debatte über die Rechte und Pflichten des Einzelnen in der Gesellschaft. Eine weitere Kernfrage ist das Aufdecken ungerechter Strukturen, denn Frieden ohne Gerechtigkeit ist nur eine andere Art von Friedhofsruhe. Frieden bedeutet nicht etwa Konfliktfreiheit; als Menschen sind wir zwangsläufig von Konflikten umgeben. Aber Frieden stellt sich nur ein, wo Gerechtigkeit herrscht.

Die Maßnahmen haben bei den Zielgruppen einen spürbaren Bewusstseinswandel eingeleitet. So haben Studenten erste „Friedensclubs“ gegründet, in denen sie Konflikte untereinander beizulegen versuchen. Manche Basisorganisationen fordern von gewählten Kommunalpolitikern, dass sie ihren Wählern Rede und Antwort stehen. Bei kommunalen Bürgerversammlungen, auf denen die Fragen der Kommunen und Gemeinwesen zur Sprache kommen, übernimmt die Kommission die Moderation. Außerdem erhielten zahlreiche Bedürftige Rechtsberatung und wurden durch alternative Streitschlichtungsverfahren unterstützt.

Auch wenn wir die Wirkung unserer Maßnahmen nicht immer genau ermessen können, sind wir doch davon überzeugt, dass mit Handeln allein schon viel gewonnen ist. Denn wer nichts tut, erliegt den Problemen und gibt sich auf.

*Rev. Fr. E. ade Owoeye*

*Rev. Fr. E. ade Owoeye ist Leiter der Kommission Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden in der Erzdiözese Ibadan*